**Beschluss des Kantonsrates
über die parlamentarische Initiative
von Monika Spring betreffend Einreichung einer
Standesinitiative zur Änderung der Waffen- und
Militärgesetzgebung**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für
Justiz und öffentliche Sicherheit vom 2. Oktober 2008,

beschliesst:

I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 369/2006 von Monika
Spring betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung
der Waffen- und Militärgesetzgebung wird abgelehnt.

***Minderheitsantrag von Renate Büchi-Wild, Markus Bischoff, Yves de
Mestral, Sandro Feuillet und Raphael Golta (in Vertretung von Mar-
tin Naef):***

*I. Der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 369/2006 von Monika
Spring betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung der
Waffen- und Militärgesetzgebung wird zugestimmt.*

*II. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Standesinitiative beim
Bund einzureichen.*

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

* Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit besteht aus folgenden
Mitgliedern: Christoph Holenstein (Präsident), Zürich; Beat Badertscher, Zü-
rich; Markus Bischoff, Zürich; Renate Büchi-Wild, Richterswil; Yves de Mestral,
Zürich; Sandro Feuillet, Zürich; René Isler, Winterthur; Jörg Kündig, Bertschi-
kon; Maleica-Monique Landolt, Zürich; Martin Naef, Zürich; Cornelia Schaub,
Zürich; Rolf André Siegenthaler-Benz, Zürich; Barbara Steinemann, Regens-
dorf; Beat Stiefel, Egg; Michael Welz, Oberembrach; Sekretär: Emanuel Brügger.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 2. Oktober 2008

Im Namen der Kommission

Der Präsident:

Der Sekretär:

Christoph Holenstein

Emanuel Brügger

Erläuternder Bericht

1. Einleitung

Am 17. September 2007 unterstützte der Kantonsrat die parlamentarische Initiative von Monika Spring betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung der Waffen- und Militärgesetzgebung mit 71 Stimmen vorläufig.

Die parlamentarische Initiative verlangt die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung mit folgendem Inhalt:

«Der Bund wird aufgefordert, die Waffen- und Militärgesetzgebung und die Verordnung über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen dahingehend zu ändern, dass in Zukunft weder Ordonnanzwaffen noch zugehörige Munition von Armeeangehörigen zu Hause aufbewahrt werden dürfen. Die <Abgabe zu Eigentum> oder der Verkauf von Ordonnanzwaffen aus Armeebeständen an Privatpersonen bzw. Personen, die aus dem Militärdienst entlassen worden sind, werden aufgehoben.»

Als Begründung wurde von den Initiantinnen im Wesentlichen angeführt, dass vor allem die Abgabe von Ordonnanzwaffen zu Eigentum am Ende der Dienstpflicht bzw. deren Verkauf zu einem symbolischen Preis problematisch sei. Von den gut 2,2 Mio. modernen Schusswaffen, die in der Schweiz zirkulierten, seien fast zwei Drittel, nämlich 1,4 Mio. privatisierte Ordonnanzwaffen. Neueste Forschungsergebnisse und Statistiken würden beweisen, dass zwischen der Verfügbarkeit von Schusswaffen und der Häufigkeit von Suiziden ein klarer Zusammenhang bestehe. Ausserdem häuften sich in den letzten Jahren so genannte Familiendramen, bei welchen Männer das Leben ihrer Frauen und Kinder mit der Ordonnanzwaffe auslöschten, bevor sie Suizid begingen.

2. Bericht der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit an den Regierungsrat

Mit Beschluss vom 24. September 2007 hat der Kantonsrat die parlamentarische Initiative KR-Nr. 369/2006 betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung der Waffen- und Militärgesetzgebung gestützt auf § 26 des Kantonsratsgesetzes an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit zu Bericht und Antrag überwiesen.

Die Kommission nahm die Beratungen an ihrer Sitzung vom 10. Januar 2008 in Anwesenheit der Erstunterzeichnerin Monika Spring sowie des Vorstehers der Sicherheitsdirektion, Regierungsrat Hans Hollenstein auf.

Die Kommission beschloss anlässlich dieser Sitzung vorläufig mehrheitlich, der parlamentarischen Initiative zuzustimmen, und überwies mit Schreiben vom 31. Januar 2008 dem Regierungsrat das Ergebnis ihrer Beratungen mit einem erläuternden Bericht zur Stellungnahme gemäss § 28 des Kantonsratsgesetzes.

Die Beratung in der Kommission

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass die parlamentarische Initiative ein sinnvolles Ziel verfolgt. Wenn der Staat seinen Armeeangehörigen eine Ordonnanzwaffe, sei dies ein Sturmgewehr oder eine Pistole oder eine andere Waffe, zur Aufbewahrung am Wohnsitz übergibt, schafft er damit ein Risiko von Selbst- oder Fremdtötungen mit der betreffenden Waffe. Besonders in Affektsituationen stellt eine im Haushalt zur Verfügung stehende Waffe mitsamt Munition ein erhöhtes Risiko dar. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es bedauerlicherweise immer wieder zu Opfern durch den Missbrauch der Ordonnanzwaffe kommt. Da es sich dabei um eine vom Staat durch die Armee abgegebene Waffe handelt, muss nach Ansicht der Kommissionsmehrheit ein sicherheitspolitisch zwingender Grund vorliegen, um die Aufbewahrung am Wohnort zu rechtfertigen. Mag ein solcher Grund zur Zeit des Kalten Krieges noch vorgelegen haben, dürfte die heutige Bedrohungslage grundsätzlich keine Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe am Wohnsitz des Armeeangehörigen mehr rechtfertigen.

Die Kommissionsmehrheit ist ferner der Ansicht, dass es im Sinn der Risikominimierung nicht genügen dürfte, keine Taschenmunition mehr abzugeben, da es offensichtlich andere Möglichkeiten gibt, die entsprechende Munition zu beschaffen.

Aus den genannten Gründen ist auch die Abgabe der Ordonnanzwaffe zu Eigentum nach Erfüllung der Dienstpflicht oder der Verkauf an Dritte abzulehnen.

Die Kommissionsminderheit hält dagegen, dass der Bund das Waffengesetz geändert habe, und daran sei, verschiedene Möglichkeiten betreffend Ordonnanzwaffe zu prüfen. Ferner ziehe die Armee nun im Auftrag von Parlament und Bundesrat die Taschenmunition ein. Dies stelle bereits eine Risikominimierung dar. Zudem ziele die parlamentarische Initiative darauf ab, die Armee zu schwächen.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

In Anwendung von § 28 des Kantonsratsgesetzes nahm der Regierungsrat am 2. Juli 2008 zum Ergebnis der Beratungen der Kommission zu parlamentarischen Initiative KR-Nr. 369/2007 wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat hat gegenüber dem Kantonsrat bereits früher sowohl zur Aufbewahrung von Ordonnanzwaffen durch Armeeangehörige als auch zur Überlassung der persönlichen Waffe zu Eigentum Stellung genommen (Stellungnahmen zum Postulat KR-Nr. 324/2006 betreffend Waffenerwerbsschein als Voraussetzung für das Überlassen der persönlichen Waffe an ausscheidende Armeeangehörige und zum dringlichen Postulat KR-Nr. 367/2007 betreffend kostenlose Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus). Auf eine ausführliche Wiederholung dieser Stellungnahmen kann an dieser Stelle verzichtet werden. Die Regelung der Abgabe der persönlichen Waffe zur Aufbewahrung an Angehörige der Armee und zu Eigentum an Entlassene ist beides Sache des Bundes. Für die Beantwortung der Frage, ob die persönliche Dienstwaffe weiterhin beim Armeeangehörigen zu Hause aufzubewahren ist, sind nicht zuletzt staats- und sicherheitspolitische Überlegungen seitens des Bundes notwendig.

Am 22. Juni 2007 beschlossen die eidgenössischen Räte eine Verschärfung des Waffengesetzes (vgl. BBl 2007 4567). Das revidierte Gesetz ermöglicht den Datenaustausch zwischen Polizeibehörden des Bundes und der Armee. Einerseits werden dadurch Besitzer von ehemaligen Armeewaffen für zivile Behörden identifizierbar. Andererseits kann die Abgabe von Armeewaffen an Personen, die wegen Waffenmissbrauchs registriert sind, verhindert werden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen ist noch offen.

Im Herbst 2007 beauftragten die eidgenössischen Räte den Bundesrat, die Taschenmunition einzuziehen. Mit Befehl vom 3. Januar 2008 ordnete die Armee an, dass die Angehörigen der Armee bis Ende 2009 ihre Taschenmunition entweder im Rahmen eines Dienstes oder ausserdienstlich in einem Zeughaus zurückzugeben haben.

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat im November 2007 eine Arbeitsgruppe Ordonnanzwaffen eingesetzt, die den Auftrag hat, bis spätestens Ende 2008 die militärischen, rechtlichen, staatspolitischen und soziologischen Gesichtspunkte rund um die persönliche Dienstwaffe umfassend zu analysieren. Zum Auftrag gehört auch die Prüfung verschärfter Kriterien für die Heimabgabe von Ordonnanzwaffen, gleichwertig der zivilen Regelung für den Waffenerwerb, technische Massnahmen (z. B. mechanische oder elektronische Sperrung der Waffe ausserhalb des Dienstes), erweiterte Hinterlegungsmöglichkeiten für Ordonnanzwaffen sowie Betrachtungen zur traditionellen Bedeutung von Waffen in einer sich wandelnden Gesellschaft. Nach Abschluss der Abklärungen sollen in einem Bericht die Handlungsspielräume für sicherheitsfördernde Massnahmen aufgezeigt werden, die den gesetzlichen Auftrag der Armee und die Interessen von Armee, Polizei, Bevölkerung, Schützen usw. berücksichtigen. Bis dahin sollen nach einer Verlautbarung des VBS die gültigen Rechtsgrundlagen unverändert bleiben. Die Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK) unterstützt diese grundlegende Analyse der Problematik mit dem Ziel einer Bundeslösung.

Mit Blick auf die bereits erfolgte Änderung der Waffengesetzgebung, die angeordnete Rückgabe der Taschenmunition sowie namentlich die laufenden Abklärungen betreffend die Aufbewahrung und Abgabe von Ordonnanzwaffen könnte die Initiative nichts Zusätzliches bewirken. Wir empfehlen Ihnen daher, dem Kantonsrat die Ablehnung der Initiative zu beantragen.

4. Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

An der Sitzung vom 2. Oktober 2008 zog die Kommission die Stellungnahme des Regierungsrates in Beratung.

Die Kommissionsmehrheit kommt insbesondere aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates zum Schluss, dass die parlamentarische Initiative abzulehnen sei, da die Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren die grundlegende Analyse der Problematik durch den Bund unterstütze, und da der Bund gewillt sei, nach den grundlegenden Abklärungen entsprechende sicherheitsfördernde Massnahmen zu ergreifen, sodass die parlamentarische Initiative nichts Zusätzliches bewirken könnte. Immerhin seien erste Massnahmen wie die Rückgabe der Taschenmunition bereits ergriffen worden.

Die Kommissionsminderheit hält dagegen an der Zustimmung zur parlamentarischen Initiative fest. Die Gründe dafür, nämlich dass die Abgabe der Ordonnanzwaffe ein Risiko darstelle, welches sich wirksam minimieren lasse, wenn die Waffen nicht mehr zu Hause aufbewahrt werden und auch nicht zu Eigentum oder zum Verkauf an Dritte abgegeben werden dürften, hätten nach wie vor Gültigkeit.